



Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

2. Sitzung – Europaausschuss

8. Mai 2024 – 15:04 bis 15:47 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Anna Nguyen (AfD)

CDU

Peter Franz
Andreas Hofmeister
Stefanie Klee
Christoph Mikuschek

AfD

Christian Rohde

SPD

Stephan Grüger
Matthias Körner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Angela Dorn
Katrin Schleenbecker

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Julius Bruckmann
 AfD: Jörg Moses
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Katarzyna Jochemczyk
 Freie Demokraten: Bérénice Münker

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Beer, Alexander	Min R	HRH
Uehringer, Caroline	Min in	+LT
KUH, FRANZISKA	POB	MCT
Steinbach, Sören	TB	STK
Kleinschmidt, Rebecca	Min R	STK
Steffen, Lu	Min Dir	JK
APPEL CLAUSS-PETER	LHR	LV BRÜSSEL
Thielke, Jennifer	TB	STK
RITTER, REGINE	TOR	JK
Haß, Christian	non	STK STK
Mai, Andreas	TB	STK
Müller, Karin	SAS	STK

Protokollführung: J. Decker

**1. Frühwarndokumente
TOP A: ohne Beratung**

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 in Bezug auf Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand, Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl, Änderungen der GAP-Strategiepläne, Überprüfung der GAP-Strategiepläne und Ausnahmen von Kontrollen und Sanktionen – COM(2024) 139 final**

Fristbeginn: 19.03.2024

Fristende: 14.05.2024

Plenum BR: 26.04.2024

Berichterstattung: Dr. Ralf-Norbert Bartelt

- b) **Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für die Arabische Republik Ägypten – COM(2024) 461 final**

Fristbeginn: 02.04.2024

Fristende: 28.05.2024

Plenum BR: vorauss. keine Beratung

Berichterstattung: Angela Dorn



- c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für die Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP) – COM (2024) 150 final**

Informationsvermerk

Fristbeginn: 11.04.2024 Fristende: 06.06.2024

Plenum BR: 17.05.2024

Berichterstattung: Karina Fissmann

(ELB-Dokument WVA)

- d) **Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien – COM(2024) 159 final**

Fristbeginn: 19.04.2024 Fristende: 14.06.2024

Plenum BR: vorauss. keine Beratung

Berichterstattung: Peter Franz

Der Ausschuss fasst ohne Aussprache folgenden

Beschluss zu Punkt 1 A a) bis d):

EUA 21/2 – 08.05.2024

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(Einstimmig bei Enthaltung AfD)



Beschluss zu Punkt 1 A c):

EUA 21/2 – 08.05.2024

Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den WVA im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(einvernehmlich)

TOP B: mit Beratung

- a) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (Neufassung) – COM(2024) 60 final**

Informationsvermerk

Fristbeginn: 02.04.2024

Fristende: 28.05.2024

Plenum BR: 17.05.2024

Berichterstattung: Dr. Matthias Büger

(ELB-Dokument **RTA**, INA)

Berichterstatter **Dr. Matthias Büger** erklärt, der Hessenbezug ergebe sich daraus, dass der Schutz von Kindern u. a. vor sexualisierter Gewalt in Hessen von elementarer Bedeutung sei. Inwieweit alle Regelungen erforderlich, angemessen und ggf. umzusetzen seien, auch vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Regelungen, müsse noch vertieft geprüft werden. Er bitte zunächst die Landesregierung um eine Einschätzung, insbesondere mit Blick auf die vorgenommene Subsidiaritätsbeobachtung.

Die vorliegende Richtlinie solle sicherstellen, alle Missbrauchsformen, auch solche, die mittels neuer Technologien ermöglicht würden, strafrechtlich zu erfassen. Auch der Opferschutz und die Prävention sollten verbessert werden. Vorgesehen seien u. a. eine erweiterte Definition von Straftatbeständen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch von Kindern, strengere Strafverfolgung von Unterstützung von Straftatbeständen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch von Kindern, verstärkte Prävention sowie eine Meldepflicht für Fachkräfte.

StSin **Karin Müller** erläutert, die Landesregierung habe das Vorhaben in der Tat unter Subsidiaritätsbeobachtung gestellt und ihm darüber hinaus erhebliche landespolitische Bedeutung zuerkannt. Dies sei geschehen, da noch nicht genau abgesehen werden könne, inwieweit landesrechtliche Regelungen betroffen seien. Zudem würde sich eine Umsetzung auf hessische Behörden auswirken, da laut Richtlinie die zuständigen Ermittlungsbehörden in ausreichendem Maße Personal, Sachmittel und Infrastruktur vorhalten müssten.

Berichterstatter **Dr. Matthias Büger** regt an, die Subsidiaritätsbeobachtung durch die Hessische Landesregierung zu unterstützen und sie zu bitten, über weitere Entwicklungen zu unterrichten. Die Notwendigkeit einer nachträglichen Befassung durch die Fachausschüsse bestehe aus seiner Sicht nicht.

b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung und Durchsetzung der Arbeitsbedingungen von Praktikanten und zur Bekämpfung von Scheinpraktika ("Praktikumsrichtlinie") – COM(2024) 132 final

Informationsvermerk

Fristbeginn: 26.04.2024 Fristende: 21.06.2024

Plenum BR: vorauss. 14.06.2024

Berichterstattung: Jürgen Frömmrich

(ELB-Dokument **WVA**, ASA)

Abgeordnete **Angela Dorn** führt in Vertretung des Berichterstatters Jürgen Frömmrich aus, die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten auf Hessen Auswirkungen haben, da sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei Unternehmen viele Praktikumsplätze angeboten würden. Nach Ansicht der Rednerin sei der Vorschlag zwar durchaus sinnvoll, erfordere aber eine genauere Prüfung der Detailfragen. Diese Prüfung durch die Landesregierung laufe derzeit, weswegen sie um einen kurzen Sachstand bitte.

Inhaltlich umfasse das vorliegende Maßnahmenpaket für bessere Praktika in der EU zwei Säulen. Zum einen sei dies ein Richtlinienvorschlag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Praktikantinnen und Praktikanten sowie ein Vorschlag zum Qualitätsrahmen von Praktika. Das Ganze gehe zurück auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments aus dem Europäischen Jahr der Jugend, wobei nicht alle Aspekte berücksichtigt worden seien, so etwa aus Kompetenzgründen das Verbot unbezahlter Praktika.

Zum einen gehe es um echte Praktika, bei denen bestimmte Rechte nicht eingehalten würden, insbesondere in Bezug auf Arbeitszeiten, Urlaubsansprüche, Zugang zu Ausrüstung oder die Vergütung. Zum anderen gehe es um sogenannte Scheinpraktika, indem diese zweckentfremdet und reguläre Stellen als Praktika getarnt würden.

StSin **Karin Müller** bestätigt die Ausführungen ihrer Vorrednerin. Die Subsidiaritätsbedenken der Landesregierung gründeten in der Tat hauptsächlich darauf, dass die Auswirkungen auf Praktikumsplätze in Hessen noch nicht absehbar seien. Es stehe zu befürchten, dass das Angebot entsprechender Plätze in der Wirtschaft wie auch im öffentlichen Bereich zurückgehen könnte, weswegen noch genauer geprüft werden müsse.

Abgeordnete **Angela Dorn** regt an, die Subsidiaritätsbeobachtung durch die Hessische Landesregierung zu unterstützen und sie zu bitten, über weitere Entwicklungen zu unterrichten.

Abgeordneter **Christian Rohde** beantrag eine nachträgliche Befassung durch die Fachausschüsse.

Beschluss zu Punkt 1 B a) und b):

EUA 21/2 – 08.05.2024

Die Subsidiaritätsbeobachtung durch die Hessische Landesregierung wird unterstützt. Die Landesregierung wird gebeten, über weitere Entwicklungen zu informieren.

(einstimmig)

Beschluss zu Punkt 1 B b):

EUA 21/2 – 08.05.2024

Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den WVA im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(einstimmig)

(Fortsetzung im nicht öffentlichen Teil)



Hinweis: Im Intranet finden die Berechtigten alle Dokumente im [Infopoint Europa](#) -> Offene Vorgänge.

Direkter Zugriff auf EU-Dokumente auch unter Angabe der jeweiligen COM-Nummer auf [EUR-Lex COM-Dokumente](#)